Nummer 566

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Donnerstag, 4. Dezember 1930

Methodischer Rüstungswahnsinn.

Von unserem Sonderberichterstatter

René Kraus.

Paris, Anfang Dezember.

Ueber mancherlei wird Paris mit sich reden lassen — niemals über die Abrüstung. Hier gibt es keine Parteiunterschiede und keine Meinungsgegensätze, weder „Locarnisten" noch „Poincaristen". Die Camelots du Roi und die Jeunesse Patriotique, chauvinistische Jugendbünde peinlichster Prägung, sind in dieser Frage durchaus einer Meinung mit der Französischen Liga für Menschenrechte, deren „deutsch-französischen Sprechabend" sie dieser Tage erst gesprengt haben. Nein, die Abrüstung ist überhaupt keine Frage mehr. Sie ist ein Blendwerk des Teufels, eigens dazu bestimmt, die Heimat einer neuen „Invasion des preußischen Kürassierstiefels" wehrlos auszuliefern.

Das steht fest. Man mag dagegen ankämpfen mit Argumenten aller Art. Der Hinweis auf die gerade in Frankreich viel zitierte Heiligkeit der Verträge, deren einer ja die Weltabrüstung festsetzt, begegnet genau so verständnisloser Widerwilligkeit wie alle anderen Gründe moralischer, juridischer und politischer Natur. Liegt es nicht im eigenen Interesse der Franzosen, irgendeinmal zu einem Einvernehmen mit dem großen deutschen Volke zu gelangen? Zeichnen sich nicht gerade auf dem grau verhangenen Himmel von Genf und gerade infolge der starren Haltung der französischen Abordnung die Konturen jenes gewaltigen Blocks der Unzufriedenen ab, der sie, politisches Nachtgespenst, aus ihren Träumen von europäischer Hegemonie schreckt? Und der amerikanische Gläubiger, das Gespenst dieser Tage? Wird er nicht viel eher für eine Herabsetzung der Schulden zu haben sein, wenn er nicht mehr das Gefühl hat, es sei sein gutes Geld, das in Frankreich — wortwörtlich — verpulvert wird? Gewiß, gewiß! Das alles erkennen sie an — zumindest die Einsichtigen unter ihnen, die freilich sehr schweigsam geworden sind —, aber abgerüstet wird doch nicht. Hier zeigt sich eine Seite der französischen Psyche, an der alle Politik scheitert: störrisch sind sie.

Daß Frankreichs hysterische Revancheangst selbst die schwerste Bedrohung und Belastung des europäischen Friedens bedeutet, ist nach der bitteren Lehre eines Jahrzwölfts, eine Binsenwahrheit. Genau so, wie die Erkenntnis, auch in der Politik der Sieger sei ein gutes Gewissen das beste Ruhekissen, sich langsam — ach, viel zu langsam! — in der ganzen Kulturwelt verbreitet. Nur die Franzosen glauben immer noch, ein Krieg ließe sich so verhindern, daß man Kriegsursachen, wie sie in der Verzweiflung entrechteter, unterdrückter Völker wohl liegen mögen, immer weiter anhäuft. Nun, kein Mensch in Deutschland will den Krieg. Deutschlands opfervolles Festhalten am „Friedensideal" der Weltabrüstung beweist das deutlich genug für jeden, der Augen hat zu sehen.

Aber die Franzosen sind blind. Allen Ernstes und, was die von ihren sogenannten Experten, Haßpolitikern und Generalstabsoffizieren, bewußt falsch informierten Massen betrifft, vielfach ehrlichen Glaubens: so behaupten sie Tag für Tag: die beinahe waffenlose deutsche Reichswehr sei die europäische Gefahr. Zwar hat die Botschafterkonferenz die vollzogene Entwaffnung bestätigt. Zwar hat sich auch nicht ein einziges Mal ein Vorwand konstruieren lassen, der eine Investigationshandlung im Sinne der Genfer Abkommen rechtfertigt hätte. Zwar wagt kein Verantwortlicher, sein Mißtrauen in konkrete Formeln zu kleiden, die er etwa zu beweisen haben könnte. Aber um so üppiger blüht die Verdächtigung, die halb ausgesprochene Verleumdung, die diskret gemurmelte Verhetzung.

Sie bleibt nicht immer diskret, diese Verhetzung. In allen Buchläden von Paris liegt eine Schrift auf, betitelt: „Der technische und chemische Krieg von morgen — Wie Deutschland ihn vorbereitet." Und auf dem Umschlag steht eine wortreiche Empfehlung: jeder Franzose müsse dieses Buch lesen. Also empfiehlt der Monsieur Lyautey, der Marschall der Republik, gewiß eine verantwortliche Persönlichkeit, die Hetzbroschüre. Dieser Marschall Lyautey, der sich auf Banketten gern als Frankreichs Seeckt, feiern läßt, ist freilich eine Sphynx ohne Rätsel: Sein Geschäft, für welches sich vielleicht auch das verantwortliche Deutschland interessieren könnte, ist die Propaganda betont deutschfeindlichen Kriegsgeistes.

Wer wirkt solcher Propaganda der Militärs entgegen? Briand? Gewiß, sie stört seine Kreise. Aber Briand ist nicht nur — das harte Wort läßt sich nicht ersparen — die verkörperte Unzuverläßigkeit. Er ist auch in der allerletzten Zeit sehr gealtert, kampfmüde geworden, meint vielleicht, sich für „seine Stunde" aufsparen zu sollen, die noch einmal kommen mag — und versäumt inzwischen die Stunden der wahren europäischen Entscheidung. Und die Opposition? Die bürgerliche Linke betont immer wieder die Selbstverständlichkeit, daß das Land keinen Angriffskrieg führen wolle. Die „Verteidigungskredite" — und alle Mittel für militärische Zwecke sind natürlich solche Verteidigungskredite — bewilligt sie aber stramm und diszipliniert, als wäre diese republikanische Linke ein Regiment von Fremdenlegionären und nicht, wie es tatsächlich der Fall ist, von satten, zufrieden-kleinbürgerlichen Ehrenlegionären. Selbst die Sozialdemokratie, Erbpächterin des Pazifismus, zeigt sich gespalten. Indes Leon Blum, der Parteichef, erkennt, daß Tanks und Bajonette, zum Angriff oder zur Verteidigung bestimmt, den eigenen, ihnen innewohnenden Gesetzen gehorchen und darum schon in ihrer bedenkenlosen Häufung eine Gefährdung des Friedens darstellen, treten hervorragende Genossen, wie Paul-Boncour, der schneidigste Reserveleutnant der zweiten Internationale, und Varennes offen für Aufrüstung und Imperialismus ein.

Natürlich: man muß seine Vorwände haben. So hat dieser Tage erst wieder die Kammer, wenig beachtet von der Weltöffentlichkeit, einen Nachtragskredit von etwa siebenhundert Millionen bewilligt, der hauptsächlich der Ergänzung der Munitionsbestände dienen soll. Es hat sich nämlich — laut Angabe des Kriegsministeriums — herausgestellt, daß die Franzosen ihr Pulver verschossen haben. Und zwar angeblich auf den kolonialen Kriegsschauplätzen, in Marokko, in Syrien und in ähnlichen angenehmen Gegenden. Flüsternd fragt sich nun Paris, ob der koloniale Pulverkampf die Zwecke, für die der Nachtragskredit tatsächlich bestimmt ist, nur vernebeln soll oder ob tatsächlich auf den afrikanischen Kriegsschauplätzen Schlachten von so außerordentlicher Heftigkeit, die alle Munition der glorreichen Armee verbraucht hätten, getobt haben, Schlachten, von denen die Oeffentlichkeit nichts erfuhr.

Die Oeffentlichkeit erfährt sehr wenig von den Vorgängen hinter den Kulissen der französischen Militärpolitik. Und sie fragt auch nicht viel danach. Sie ist nicht neugierig — und man muß gestehen, daß diese selbstverständliche nationale Disziplin vorbildlich ist. Um so mehr wird die französische Oeffentlichkeit mit angeblichen Enthüllungen über die deutsche Reichswehr beschäftigt. Die Herren in Paris wissen alles ganz genau. Der Reichswehretat wird zergliedert, zersetzt, analysiert. Um sich zu erkundigen, wie hoch die erste Baurate für den Panzerkreuzer B ist, braucht man sich nur an den Oberkellner im Kaffeehaus zu wenden. Der hat's gewiß in einem der, von den Lügen deutscher Pazifisten lebenden Organe des französischen Generalstabs gelesen. Außer diversen Oberkellnern beschäftigt sich auch, in seinen zahlreichen Mußestunden, der unverwüstliche Herr Poincaré mit dem deutschen Ersatzkreuzer und ähnlichen Schreckgespenstern. Kann sein, daß er morgen wiederkehrt — falls er im heimlichen Machtkampf mit Tardieu, dem mißratenen, herrschsüchtigen Kronprinzen, doch noch Sieger bleiben sollte — nun, und dann werden wir was erleben!

Nur die Abrüstung der anderen — die werden wir nicht erleben. Man gibt sich in Deutschland, nach dem Verlauf der letzten Genfer Tage, da sehr bezeichnender Weise der Herr Massigli, einer der gefährlichsten Deutschenhasser, Frankreichs Wortführer ist, gewiß keinen Illusionen hin. Wer aber die Stimmung in der französischen Oeffentlichkeit auf sich einwirken läßt, weiß heute schon, daß auch die bevorstehende endgültige Abrüstungskonferenz an Frankreichs von einmütiger Volksmeinung getragener Sabotage scheitern wird. Denn diese Nation fühlt sich nur sicher, so lange Deutschland entmachtet und ungesichert aller Willkür preisgegeben bleibt.

Zwei verhängnisvolle Denkfehler begehen die Franzosen: Sie meinen, daß man auf Bajonetten sitzen kann. Das ist der eine. Den anderen hat Clemenceau, dessen Todestag sie eben mit großem Gepränge feiern in die Worte gekleidet: la justice passe . . . Gerechtigkeit? Das geht vorbei . . . Das deutsche Volk lehnt solchen Zynismus ab. Es weiß freilich, daß man der Gerechtigkeit in internationalen Dingen mitunter nachhelfen muß, und zwar energisch.

— Einberufung des Sejms. Der polnische Staatspräsident hat gestern die Dekrete unterzeichnet, durch die der Sejm und Senat zu ihren Eröffnungssitzungen für den 9. Dezember nach Warschau und der Schlesische Sejm für denselben Tag nach Kattowitz einberufen werden.

Endkampf um die Mehrheit

Bayern macht Schwierigkeiten.

In einer offensichtlich parteioffiziösen Mitteilung erklärt der „Sozialdemokratische Pressedienst", die Sozialdemokraten hielten eine Ausschußüberweisung der Notverordnung für „unzweckmäßig", weil sie nicht die hinsichtlich der alten Notverordnung erzielten „Verbesserungen" bezüglich der Krankenversicherung, der Bürgersteuer usw. gefährden wollten. Demnach kann man annehmen, daß die Sozialdemokraten bereits darauf verzichtet haben, die Ausschußüberweisung der neuen Notverordnung zu verlangen.

Dagegen sind ziemlich unerwartet von einer anderen Seite her neue Schwierigkeiten aufgetaucht, die sich der von der Regierung erstrebten raschen Erledigung der Notverordnung entgegenstellen. Wie nämlich verlautet, hat die bayerische Regierung und mit ihr die Bayerische Volkspartei gegen die Aufnahme der Steuervereinheitlichungsgesetze in die neue Notverordnung Einspruch erhoben. Die bayerische Regierung und die Bayerische hoben. Die bayerische Regierung und die bayerische Volkspartei sehen in diesem Gesetz einen ungerechtfertigten Eingriff in die Hoheitsrechte der Länder. Auch der der Bayerischen Volkspartei angehörende Reichspostminister Schätzl soll sich, wie erst jetzt bekannt wird, innerhalb des Kabinetts scharf gegen die Aufnahme des Steuervereinheitlichungsgesetzes in die Notverordnung ausgesprochen haben. Von bayerischer Seite wird betont, daß es der Bayerischen Volkspartei mit ihrer Forderung, daß das erwähnte Gesetz in irgendeiner Form wieder aus der Notverordnung herausgenommen werden soll, sehr ernst sei, und daß die Bayerische Volkspartei eventuell auch entsprechende parlamentarische Konsequenzen ziehen würde. Im Gegensatz dazu scheint man innerhalb der Reichsregierung der Ansicht zu sein, daß der Konflikt mit Bayern nicht von erheblicher Bedeutung sei und die Annahme der Notverordnung bzw. die Ablehnung der Aufhebungsanträge keineswegs gefährden könnte. Gleichzeitig wird nochmals erklärt, daß eine irgendwie geartete Abänderung der Notverordnung nicht in Frage kommt. Ob die optimistische Auffassung der Reichsregierung berechtigt ist, und ob es sich bei dem bayerischen Vorstoß tatsächlich nur um eine Demonstration ohne praktische Nachwirkung handelt, ließ sich heute mittag im Reichstag noch nicht zweifelsfrei feststellen.

Inzwischen hat die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei einen Mißtrauensantrag gegen das gesamte Reichskabinett eingebracht. Die Wirtschaftspartei hat damit ihre letzten Beziehungen zur Regierung durchschnitten und sich eindeutig in die Front der entschiedenen Opposition gestellt. Um so verwunderlicher bleibt es, daß das Rücktrittsgesuch des Reichsjustizministers Dr. Bredt noch immer nicht entschieden ist.

Poincaré für Tardieu.

Eine französische Generalsrede.

Ein wesentliches Moment für die heutigen Abstimmungen im Senat ist eine gestern abend bekanntgewordene offene Stellungnahme Poincarés für Tardieu, wodurch dessen Aussichten beträchtlich verbessert werden. Der ehemalige Ministerpräsident erklärte nämlich im Anschluß an eine längere Unterredung mit Tardieu, daß er gar nicht daran denke, für einen Kabinettswechsel einzutreten. Um allen derartigen Gerüchten die Spitze abzubrechen, werde er außerdem mit einem offenen Stimmzettel stimmen. — Unklar ist bisher noch, wie sich die radikale Senatsfraktion von 148 Mitgliedern verhalten wird. Der letzte entscheidende Faktor wird aber das persönliche Auftreten des Ministerpräsidenten sein. Tardieu soll denn auch gestern abend zu Journalisten gesagt haben: Sie begreifen, daß viel von dem abhängt, was ich auf der Tribüne sagen werde.

Wie schon früher hier vermutet wurde, wird dabei wohl stark die patriotische Saite angeschlagen werden. Wie sehr diese noch in Frankreich klingt und immer wieder ein lautes Echo weckt, zeigt u. a. das Zehn-Jahres-Bankett der vornehmsten, traditionsreichen französischen Monatsschrift, der „Revue des Deux Mondes", das gestern in Anwesenheit des Präsidenten der Republik stattfand und auf dem der Militärgouverneur von Paris General Gouraud eine Ansprache hielt, die natürlich absolut Blickrichtung nach der deutschen Grenze hatte.

Alles, was jenseits der Grenze gesagt und geschrieben werde, so führte er aus, weise darauf hin, daß Frankreich die stärksten Gründe habe, auf seiner Hut zu sein. Alles sei dazu angetan, diejenigen aufzuwecken, die sich in einer blinden Ruhe gefielen. Alle, die die Revision der Verträge fordern, alle, die sie insgeheim oder offen verletzen wollen, erwiesen Frankreich wenigstens den Dienst, es zu warnen. Poincaré habe kürzlich im Sinne aller Franzosen erklärt, Frankreich sei es seinen Toten schuldig, nicht zuzulassen, daß die Verträge direkt oder indirekt angegriffen würden.

Tardieu braucht sicherlich nur dieses ewige Leitmotiv in seine Verteidigungsrede geschickt einzuflechten, um den Oppositionswillen zu dämpfen und seine Hörer von den eigentlich zur Debatte stehenden innenpolitischen Streitfragen abzulenken.

Fünfjähriges Einwanderungsverbot in USA.?

EP Washington, 4. Dezember.

Der Vorsitzende des mit dem Studium der Einwanderungsfrage beschäftigten Ausschusses des Repräsentantenhauses, Albert Johnson, hat am Mittwoch seinen Bericht vorgelegt. Er schlägt darin vor, auf die Dauer von fünf Jahren jede Einwanderung in die Vereinigten Staaten zu verbieten. Die Einwanderung soll nur Familienangehörigen und Personen gestattet werden, die bereits in den Vereinigten Staaten ihren Wohnsitz haben. Außerdem sollen jährlich hundert Spezialarbeiter zugelassen werden.

Die amerikanischen Zeitungen besprechen die Botschaft Hoovers je nach ihrer politischen Einstellung. Die demokratischen Zeitungen betonen, wie dies „Baltimore Sun" unter Anführung von Zitaten aus zwölf führenden Blättern zusammengefaßt, daß es die Aeußerung eines müden Mannes sei, der sich auf von beiden Parteien gebilligte Notstandsmaßnahmen beschränke und alle Streitfragen, wie Prohibition und ähnliche heikle Probleme mit Stillschweigen übergehe.

— Auch in Whitechapel starker Stimmenverlust der Arbeiterpartei. Mit knapper Not hat die Arbeiterpartei bei Nachwahlen zum Unterhaus ihren Sitz in Whitechapel, einem östlichen Stadtteil Londons, mit stark jüdischer Bevölkerung, behauptet. Der Kandidat der Arbeiterpartei, Hall, erhielt 8544 Stimmen (bei der letzten Wahl 13 701 Stimmen), der Liberale erhielt 7445 (4521), der Konservative 3735 (3417) und der kommunistische Kandidat 2106 Stimmen.

Reichstagsdebatte über die Notverordnung.

Im Reichstag begann heute 12 Uhr die große politische Aussprache über den neuen Etat und die Notverordnung. Auch heute betätigte sich die Polizei des Herrn Grzesinski mit einem überflüssigen Massenaufgebot in der Absperrung der Reichstagsgegend. Das Publikum bzw. die „Demonstranten", die ferngehalten werden sollten, waren überhaupt nicht vorhanden.

Drinnen im hohen Hause leitete der Sozialdemokrat Keil die Debatte mit einer selbstgefälligen Begründung bzw. Lobpreisung der sozialdemokratischen Politik ein, die, ginge es nach Herrn Keil, als ein Muster von Sachlichkeit, Loyalität und staatspolitischer Verantwortung angesehen werden müßte. Was den Redner andererseits jedoch nicht hinderte, auch bei dieser Gelegenheit gegen die Reichswehr zu schüren und eine starke Beschneidung der Etatspositionen für militärische Zwecke zu fordern.

Es folgte der Nationalsozialist Feder, der die Notverordnung ablehnte und nachzuweisen suchte, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik nicht „negativ von Natur" sei, wie das ihr von den Gegnern vorgeworfen werde. Es kam jedoch wiederum nur ein Bekenntnis zu dem den Interessen der Privatwirtschaft durchaus nicht gerecht werdenden nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm heraus, dessen geistiger Urheber ja der Redner selbst ist.

Hierauf nahm Reichsfinanzminister Dr. Dietrich das Wort, um in temperamentvoller Weise verschiedene Vorwürfe des nationalsozialistischen Redners gegen das jetzige Reichskabinett und frühere Reichsregierungen zurückzuweisen. Der Minister stellte u. a. fest, daß die Inflation als Folge des verlorenen Krieges und des Ruhreinbruches anzusehen sei und keineswegs, wie die Nationalsozialisten behaupten, von der Regierung „in verbrecherischer Weise gemacht worden sei".

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. **Auf der Tagesordnung steht die Festsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltsplans für 1931,** mit der die Notverordnungen und die Mißtrauensanträge verschiedener Parteien verbunden sind. Die Aussprache beginnt.

Abg. Keil (Soz.)

Die politische Lage in Deutschland, so führt er aus, steht im Zeichen hochgradiger staatspolitischer und parteipolitischer, wirtschafts- und sozialpolitischer, innen- und außenpolitischer Spannungen. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den ungeheuren Problemen, die zur Entscheidung stehen, wird nicht getragen sein von der Lust am Parteigezänk und am parlamentarischen Lärm, sondern von verantwortungsbewußter, gewissenhafter und nüchterner Ueberlegung (?). Die Schuldfrage an den heutigen Zuständen ist mit politischem Parteigeraufe nicht zu lösen. Tatsächlich trägt der Krieg die Schuld. (Widerspruch rechts.) Der gewaltige Geldaufwand, den der Krieg verschlang, wurde nicht gedeckt. Am schwersten leidet die Arbeiterschaft unter der gegenwärtigen Wirtschaftsdepression. Trotzdem wird ein verbissener Kampf gegen die Lebenshaltung der großen Massen geführt. Die Krise wurde noch verschärft werden dadurch, daß man die Sozialdemokratie vom Einfluß in der Reichsregierung ausschaltete (?). Die Versorgung der Arbeitslosen ist nicht mehr eine Angelegenheit der Versicherungsanstalt, sondern eine höchst staatspolitische Angelegenheit. Während die Regierung hier sparen will, erscheint uns der finanzielle Aufwand für unser kleines Heer übertrieben hoch. Wir würden es begrüßt haben, wenn die Notverordnung vom Juli aufgehoben und durch ordnungsmäßige Gesetze ersetzt worden wäre. Das wäre möglich gewesen, wenn die deutsche Wählerschaft am 14. September sich in ihrer Mehrheit hinter die Sozialdemokratie gestellt hätte. Da die deutsche Wählerschaft das nicht getan hat, bleibt nichts übrig, als alle Kraft auf die Milderung der sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung zu konzentrieren, besonders bei den Bestimmungen über die Sozialversicherung und über die Bürgersteuer. Die Regierung hat in diesen Punkten Aenderungen vorgenommen, die sich zum Teil mit unseren Wünschen decken. Wenn die Regierung jetzt eine neue Notverordnung erlassen hat, so muß berücksichtigt werden, daß sich inzwischen die Notlage verschärft hat und daß bei einer weiteren Verzögerung der Sanierung der Reichsfinanzen die Zahlungsfähigkeit des Reiches in Frage gestellt und damit die Gefahr einer Störung der öffentlichen Ordnung heraufbeschworen wird. Eine vollständige Aufhebung der neuen Verordnung würde schwere Erschütterungen zur Folge haben. Gegen einzelne Bestimmungen der Verordnung haben wir schwerste Bedenken, und wir werden durch Initiativanträge Aenderungen zu erreichen suchen. Wir beantragen ferner ein Kartell- und Monopolgesetz, Maßnahmen gegen den Bodenwucher und schärfere Erfassung der Tantiemen und Spekulationsgewinne. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist ein deutlicher Beweis für das Versagen des kapitalistischen Systems. Wir wollen, daß der Zusammenbruch dieses Wirtschaftssystems sich ohne Bürgerkrieg, Erschütterungen und Katastrophen vollzieht. Wir behalten uns unsere Stellung vor, aber wir werden uns immer leiten lassen von dem Willen, unseren notleidenden Volksgenossen zu helfen.

Abg. Feder (Nat.-Soz.)

erklärt, der Reichstag habe durch seinen Verzicht auf die ordnungsmäßige Erledigung des Haushalts für 1930 sich selbst seine Existenzberechtigung abgesprochen. Auch die Regierung habe keine Berechtigung, da ihr das Vertrauen bisher nicht ausgesprochen sei. Um das zu ermöglichen, habe seine Partei jetzt einen Vertrauensantrag vorgelegt. Angesichts des gewaltigen Anwachsens unserer Bewegung wächst die Angst der Novemberverbrecher